



Es gilt das geschriebene und gesprochene Wort

Der Landkreis hat als Vorläufer einer Landkreis-App im Oktober einen nun alle 2 Monate erscheinenden Newsletter „Überraschend.Informativ“ herausgebracht.

Folgende Schlagzeilen werden wir so oder ähnlich in der nächsten Ausgabe lesen:

- Kriege, Konflikte und Krisen machen den Menschen immer mehr Angst
- Bund und Länder verstoßen gegen Konnexität
- Marode – Strukturdefizite werden immer spürbarer
- vom Streit mit Schlammschlacht ins Chaos – Ampel schaltet sich selbst ab
- Falschfahrer auf der A8 und B10: droht dem Landkreis ein Verkehrskollaps?
- Misslungene Krankenhausreform verschärft die Krise der Krankenhäuser
- Kreise und Kommunen mit dramatischen Haushaltslöchern

Anrede,

wahrhaft keine rosigen und Mut machenden Schlagzeilen.

Das weltweite Geschehen, das viele Menschen nicht mehr fassen können und auch nicht fassen wollen, lässt sich mit einem Zitat aus Shakespeares Hamlet kurz und prägnant zusammenfassen. „Die Zeit ist aus den Fugen“.

Die Unzufriedenheit, die Mutlosigkeit und das leider immer mehr abnehmende Vertrauen in Demokratie und Politik sind in den weltweiten Wahlergebnissen deutlich abzulesen. Die Noch-Verantwortlichen in Deutschland agieren so, dass dadurch die Kräfte gestärkt werden, die wir überhaupt nicht stärken wollen, weil wir sie nicht brauchen.

Um nochmals aus Hamlet zu zitieren:

Nicht nur etwas, nein vieles ist faul im Staate Dänemark.

„Die Landkreise stehen wie die Städte und Gemeinden vor einem finanziellen Abgrund.“ (Landkreispräsident Joachim Walter) Und die Situation der kommunalen Ebene wird noch bedenklicher, weil sich in den kommenden beiden Jahren eine noch deutlich dramatischere Entwicklung abzeichnet.

In Zeiten wie dieser genügt es nicht, nur zu sagen „Wir erleben eine Zeitenwende.“

In der Geschichte gab es schon einige Zeitenwenden. Bei der jetzigen haben aber leider entscheidende Personen die Kurve nicht gekriegt.

Die (kommunale) Krise war, zwar nicht in diesem Ausmaß, vorhersehbar.

Und wir waren eigentlich auch vorbereitet. Mit dem von uns beantragten Finanzkonzept verfügen wir im Landkreis Göppingen, wohl einmalig in Baden-Württemberg, wenn nicht sogar in ganz Deutschland, über eine verlässliche Grundlage für die notwendige Finanzplanung und somit über einen Instrumentenkoffer.

Ob jetzt allerdings bei allen hier im Hause der politische Wille zum Konsolidieren trotz der Dringlichkeit vorhanden ist, daran zweifeln wir angesichts der ersten Spar-Beschlüsse, die einige nicht mittragen wollten – und auch keine Alternativvorschläge eingebracht haben. **Nichthandeln hätte gravierende und drastische Maßnahmen zur Folge – und das gilt es zu verhindern!**

Haushaltskonsolidierung ist kein negatives Schlagwort, Haushaltskonsolidierung ist keine Frage des Sollens oder des Wollens – **Haushaltskonsolidierung** ist angesichts Dramatik ein **strukturehaltendes Muss**. Haushaltskonsolidierung ist eine **Fitnesskur, um Zukunft möglich zu machen und Handlungsoptionen und Leistungsfähigkeit des Landkreises – und der Kommunen! – zu erhalten.**

Die Ursachen der kommunalen Krise lassen sich für den Landkreis Göppingen in 3 Punkten zusammenfassen:

1. Die ständig weiter zunehmenden Pflichtaufgaben, die vom Bund über die Länder der kommunalen Ebene auferlegt werden, sind nicht ausreichend finanziert.
2. Die Steuerkraftsumme im Landkreis ist im Gegensatz zu den anderen Landkreisen in der Region unterdurchschnittlich.
3. Es wurde keine Reduzierung von Standards und somit von Ausgaben trotz der sich abzeichnenden Finanzkrise vorgenommen.

Auch der Kreistag hat mit dazu beigetragen – auch das muss gesagt werden.

Bei der Kreistags-Klausur am 18. Oktober hat der Finanzdezernent des Landkreistages Bernd Klee u.a. gesagt: „**In guten Zeiten wird der Haushalt ruiniert.**“

Das heißt, dass nur das auszugeben ist, was auch erwirtschaftet wird. Dass bei einer unterdurchschnittlichen Steuerkraftsumme auch „nur“ unterdurchschnittliche Ausgaben erfolgen sollten. Und dass auch bei den Festlegungen von Standards die langfristige Leistungskraft berücksichtigt werden sollte.

Positiv wird uns immer wieder entgegengehalten, dass die KU jahrelang stabil gehalten worden ist.

Nominal ja – real nein!

Es wäre besser gewesen, wenn der Netto-Betrag der KU stabil gehalten worden wäre. Oder wenn die KU analog dem Zuwachs der Steuerkraftsumme festgelegt wird.

Bevor wir an der Umlagenschraube drehen, müssen wir zuerst über eine Selbstbeschränkung beraten.

In Zeiten wie dieser ist es auch nicht leicht, die Menschen bei der Zeitenwende mit dem erforderlichen Politikwechsel mitzunehmen.

Wir, die CDU-Kreistagsfraktion, stellen uns dieser Aufgabe.

Wir geben Antworten auf die Fragen und Probleme der Zeit, wir wollen gerade auch in schwierigen Zeiten Mut und Freude auf die Zukunft geben.

Wir kritisieren, dass dem Landkreis zu viel und ständig mehr ohne ausreichenden Finanzausgleich aufgebürdet wird.

Wir monieren aber auch die Fehler des Landkreises in der Vergangenheit.

Wir haben in unserer Klausurtagung eine tragfähige Brücke zum Überbrücken der Defizite, Probleme und Belastungen entworfen, um mit Ihnen, meine Damen und Herren, einen Weg in die Zukunft zu bauen, der Zukunft möglich macht und der Handlungsoptionen erhält. Einen Weg, und das ist ganz besonders wichtig, den die Menschen mitgehen können, weil sie ihm vertrauen können.

Die tragenden Grundpfeiler unserer Brückenkonstruktion sind:

- Strukturen erhalten
- Standards überprüfen und anpassen
- (noch) nicht Begonnenes schieben
- Belastungen reduzieren
- auch die Standards der Aufgabenerledigung überdenken
- Konzepte im Dialog entwickeln

Der Kreishaushalt ist ein Abbild unserer Werte, unserer Prioritäten und unserer Zielsetzung.

Doch ein Zielkonzept mit Prioritäten haben wir bislang nicht diskutiert.

Die Aufstellung des Haushaltes 2025 war wesentlich schwieriger als in den vergangenen Jahren, weil es ständig neue Zahlen gibt. Was heute noch gilt, das ist morgen schon überholt und somit falsch. Dabei unterscheiden wir zwischen Chancen und Risiken – die Erfahrung lehrt: die Chancen werden eher minimiert und die Risiken maximiert.

Auch wenn kritisch festzuhalten ist, dass zahlreiche Vorschläge der Verwaltung überaus optimistisch und nur Einmaleffekte sind und dass zahlreiche Vorschläge nicht konkretisiert sind, wissen wir die Arbeit der Kämmerei, ganz besonders die umfangreiche und gute Vorarbeit, unter diesen Bedingungen sehr zu schätzen – vielen Dank.

Bei der Kreistags-Klausur am 18. Oktober 2024 hat der Kreistag erstmals eine Priorisierung vorgenommen. Die Kreisrätinnen und Kreisräte haben die 12 Schlüsselthemen für die ganzheitliche und zukunftsorientierte Kreisentwicklung gewichtet. Leider haben wir das zugesagte Ergebnis bis heute noch nicht erhalten!

Wir erwarten, dass die Verwaltung bei den Beratungen in den Ausschüssen aufzeigt, wie sie mit den Ergebnissen umgeht und wie es nach der „ersten Prioritätenliste“ weitergeht.

Auch wollen wir wissen, ob die Verwaltung die Auffassung von Prof. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, dass es angesichts des Finanzierungsdeltas zwischen Kostenbelastung und Erfüllung von Pflichtaufgaben ohne eine Posteriorisierung der Pflichtaufgaben nicht gehen wird, umsetzen wird.

Das Regierungspräsidium Stuttgart empfiehlt, beschlossene und mit der Realisierung noch nicht begonnene Maßnahmen und Projekte nicht in 2025 umzusetzen, sondern in den Folgejahren.

A 01: Die Kreisverwaltung wird beauftragt, hierzu Projekte und Maßnahmen zu benennen und diese entsprechend in die mittelfristige Finanzplanung ab dem Haushaltsjahr 2026 vorzusehen. Hierzu gehören beispielsweise Maßnahmen in den Bereichen Wasserstoff, Radschnellwege.

Weniger Wachstum – weniger Spielraum

Langfristig, beginnend schon in 2025, müssen Bund, Länder und Kommunen mit deutlich weniger Steuereinnahmen auskommen als noch im Frühjahr prognostiziert. Auch deshalb haben die Kreisrätinnen und Kreisräte am 18. Oktober die Wirtschaftsförderung als ganz besonders wichtig bewertet.

Ende Oktober haben sich die Dachverbände von Betrieben und Unternehmen aus Handwerk, Industrie- und Handel, der Bau- und Wohnungswirtschaft von Haus- und Wohnungseigentümer sowie Kommunen unter der Überschrift **„Zukunft braucht Fläche“** zusammengeschlossen. In einem gemeinsamen Positionspapier wird eine realitätsorientierte Ermöglichungsplanung gefordert.

Gerade im schwächelnden Landkreis Göppingen haben Industrie, Handwerk und Gewerbe große Bedeutung für die Zukunft des Landkreises als attraktiver Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnortstandort.

Wir brauchen im Landkreis ein bedarfsgerechtes Angebot an zukunftsfähigen Standorten bei gleichzeitig sparsamem Umgang mit den Flächen.

Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, die Kommunen bei der Schaffung von interkommunalen Gewerbegebieten **aktiv** zu unterstützen.

- A 02:**
- a. In welchem Umfang sind weitere Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen im Landkreis notwendig?
 - b. Welche Maßnahmen zur Stärkung von Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen sind auf Landkreisebene möglich? Welche Maßnahmen ergreift die Landkreisverwaltung?

Ziel muss sein, mit den Städten und Gemeinden Entwicklungsflächen auszuweisen.

Bei der Wirtschaftskraft hinken wir den anderen Landkreisen hinterher. Wir müssen schleunigst die Trendwende schaffen. Daher müssen wir bei der Überprüfung und Anpassung der Strukturen ein Hauptaugenmerk auf die Wirtschaftsförderung legen. Sind unsere Strukturen noch zeitgemäß? Wie können wir Wirtschaftsförderung effizienter machen?

Darauf müssen wir Antworten finden, darüber müssen wir beraten.

Der Landkreis zeichnet Kommunen mit dem Zertifikat „Unternehmensfreundliche Kommune“ aus. Ist der Landkreis selbst ein „Unternehmensfreundlicher Landkreis“?

- A 03:**
- Wir beantragen, die Struktur- und Strategie der Wirtschaftsförderung anzupassen.
- Wie stellen wir uns (neu) auf?
- Wie können wir Kräfte bündeln, um sie zu stärken?
- Welche Maßnahmen schlägt die Wirtschaftsförderung vor, um Erweiterungen, Innovationen, Gründungen und Ansiedlungen in den Landkreis zu holen?

Gesundheitsversorgung muss besser werden

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, an Selbstüberschätzung nicht zu übertreffen und absolut beratungsresistent, hat im Bundestag seine Klinikreform durchgepeitscht, die zu einer weiteren Verschlechterung der Patientenversorgung führen wird. Bewusst hält er an der systematischen Unterfinanzierung der Kliniken fest und nimmt damit das Sterben weiterer Kliniken billigend in Kauf.

Wir beantragen daher, sich dem Klageverfahren anzuschließen.

A 04: Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich dem Klageverfahren gegen den Bund und das Land wegen einer nicht auskömmlichen Finanzierung des Klinikwesens anzuschließen.

Zur einer, wenn auch nur kleinen Minimierung des Finanzdefizits muss auch das AFK beitragen.

A 05: Wir beantragen, das Alb-Fils-Klinikum an der Defizitabdeckung in Höhe von 2 Mio. Euro direkt zu beteiligen.

Aufgrund einiger Gespräche, die wir geführt haben, sind wir der Auffassung, dass die Cafeteria einen Beitrag zur besseren Wirtschaftlichkeit leisten kann.

A 06: Der Kreistag beauftragt die Mitglieder der Gesellschafterversammlung, eine Prüfung zu folgendem Sachverhalt über die Geschäftsführung zu beauftragen, inwieweit eine Kostenreduzierung durch die Vermietung/Verpachtung der Cafeteria der Alb-Fils-Klinik gedrosselt werden könnte und zusätzliche Erträge abgebildet werden könnten.

Des Weiteren beantragen wir einen Bericht über die Kooperationen des AFK

A 07: Wir beantragen, über Kooperationen des AFK im Kreistag zu berichten. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit, Synergien und Wirtschaftlichkeit wird der Ausbau von Kooperationen der Alb-Fils-Klinik mit angrenzenden Universitäts- und Kreis- sowie städtischen und Kliniken in privater Trägerschaft geprüft. Ziel soll sein, z.B. eigene profitable Bereiche und Schwerpunkte zu stärken, weiter auszubauen und dadurch mehr Erlöse zu generieren, weniger starke durch eine gute Versorgung anderenorts abzubauen und frei werdende Ressourcen umzuschichten. Ziel kann auch sein, neue Schwerpunkte im Rahmen einer Kooperation aufzubauen, z.B. um bereits vorhandene zu sichern oder zu ergänzen. Ausgehend vom aktuellen Stand der Kostendeckung/Defizite der einzelnen Abteilungen/Bereiche/Schwerpunkte werden die Ergebnisse dieser Untersuchung in verschiedenen Szenarien dem Kreistag vorgestellt.

Nach wie vor können wir nicht verstehen, warum man sich nicht über eine Nachnutzung des Klinik-Altgebäudes informieren lassen will. Es geht doch zunächst nur um die Machbarkeit!

Es erschließt sich uns nicht, warum man gegen etwas ist, das man noch gar nicht kennt!

Wir halten es für fahrlässig, nicht einmal prüfen zu lassen. Potenziell kann hier viel Geld gespart werden – und das wollen wir nicht prüfen lassen? Also warten wir doch ab, welche Ideen uns präsentiert werden, um dann die Entscheidung zu treffen.

Wer bei Google sucht, was eine gute Gesundheitsversorgung ist, erhält folgende Antwort:

„Eine **gute Gesundheitsversorgung** zeichnet sich dadurch aus, dass sie sechs grundlegende Anforderungen erfüllt: Sie ist wirksam, sicher, richtet sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Patientinnen und Patienten aus, findet rechtzeitig statt, ist angemessen und erfolgt in einer koordinierten Weise.“

Im Mai 2021 hat der Kreistag mehrheitlich die „Umstrukturierung der Helfensteinklinik und die Umsetzung des Zielbildes Praxisklinik Helfenstein beschlossen.“

Und nun, 3 Jahre später, wird das **beschlossene Ziel, Nachnutzung mit gesundheitsnahen Dienstleistungen**, aufgegeben.

Können und wollen Sie verstehen, was die Zeitungsberichte über diese neuen Beratungen in der Raumschaft Geislingen ausgelöst haben?

Das Vertrauen in die Kreispolitik ist damit jedenfalls, nur vorsichtig ausgedrückt, nicht vergrößert worden.

Da heute „Aktueller Projektstand Gesundheitszentrum Helfenstein“ der nächste TOP ist, nachher dann mehr dazu.

Was bleibt, ist die große Freude auf eine der modernsten Kliniken.

Was die Freude jedoch trübt, ist die Tatsache, dass sie schon vor der Eröffnung stark erkrankt ist an *morbis pecuniae* und uns schmerzhaft leiden lässt.

Wir alle hoffen, dass Sie, Herr Dr. Hüttner und Herr Schmid, trotz Medikamentenmangels die richtige Medizin verordnen.

Verkehrsinfarkt verhindern

Die Stellungnahme zum Kreishaushalt hätte ich auch mit *Krankheitsbilder* überschreiben können.

Auch auf Straße und Schiene läuft es alles andere als (kreis)rund. Von einem fließenden Verkehr kann keine Rede sein - es gilt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften den drohenden Verkehrsinfarkt zu verhindern.

Wir bekräftigen mit Nachdruck die 2 zentralen Forderungen des Kreistags:

- dass das Planfeststellungsverfahren zur A 8 vom RP noch im Herbst 2024 abzuschließen ist
- dass das RP noch im Herbst 2024 den RE-Entwurf für den Weiterbau der B 10 an das Verkehrsministerium übersendet.

Es darf zu keinen weiteren Verzögerungen kommen.

Wir müssen, das lehrt uns die diese zu keinem Ende kommen wollende Geschichte der Versprechungen und Zusagen, **permanent Druck** machen.

Daher

A 08: beantragen wir eine Task Force A8 und eine Task Force B10, um beide Baumaßnahmen noch aktiver unterstützen zu können.

Auch beim **ÖPNV** müssen wir Standards überprüfen und anpassen.

Wir wollen einen **dynamischen Nahverkehrsplan**.

Also einen Nahverkehrsplan, der es uns erlaubt, kaum nachgefragte Linien zu streichen und stark nachgefragte Verbindungen, wie beispielsweise die Anbindung an den Bahnhof Merklingen am Wochenende, neu einrichten zu können.

A 09: Der Kreistag beschließt, dass für die kommenden Ausschreibungen der Linienbündel im ÖPNV auf Grundlage der tatsächlichen Fahrgastzahlen und alternativer Maßnahmen wie Rufbussen mehr optionale und

dynamisierte Leistungen einfließen. Lose, die dann bei Bedarf höherer Nachfrage später hinzugebucht werden können und nicht zwingend für eine auskömmliche ÖPNV-Versorgung erforderlich sind, werden in der Ausschreibung optional ausgeschrieben.

Nach anfänglich großen Problemen scheint sich der VVS-Rider, das neue on-demand-Angebot, das die Mobilität im ländlichen Raum stärken und das obere Filstal und die Raumschaft Geislingen besser an das AFK anbinden soll, gut zu entwickeln.

A 10: Wir beantragen über das mehrfach geänderte Konzept eine Beratung im UVA.

Gefragter und frequentierter Landkreis

Weiter positiv entwickelt sich der Tourismus, ein wichtiger, weil starker Wirtschaftsfaktor.

Wir wünschen unserem neuen Tourismusbeauftragten viel Freude und viel Erfolg.

A 11: Wir beantragen einen Bericht des neuen Tourismusbeauftragten, in dem er Schwerpunkte und Zielsetzungen der Weiterentwicklung des Tourismuskonzeptes benennt und aus seiner Sicht erläutert, ob durch Strukturveränderungen der Tourismus noch mehr gestärkt werden kann.

Im **Bildungsbereich** haben wir nach Jahren des Zurückhaltens und Verschiebens mit Neu- und Anbaumaßnahmen eine **Bildungs-Offensive** gestartet, die trotz der Finanzkrise mit einem „**Raumausbau-Programm**“ fortgesetzt wird.

In **allen** Bereichen müssen wir untersuchen, wie wir (Raum-)Not und Probleme gut lösen, ohne andere wichtige Strukturen dadurch zu vernachlässigen oder gar zu zerstören.

Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an der Bodelschwingschule Göppingen steigen enorm. Eine Raumerweiterung ist für die Schulgemeinschaft ein wichtiger Schritt für die Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Eine **zeitnahe**

und wirtschaftliche Realisierung der Raumerweiterung soll beplant und umgesetzt werden.

A 12: Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umnutzung bestehender Liegenschaften des Landkreises hinsichtlich der zeitlichen Dimension sowie der Wirtschaftlichkeit geeignet sind anstelle von Neu- bzw- Erweiterungsbauten.

Umweltmonitor GP

In der Abfallwirtschaft haben Standard- und Strukturveränderungen zu einem besseren Tabellenplatz des Landkreises in der baden-württembergischen Landesliga geführt.

Nach den erfolgreich durchgeführten Veränderungen sollten wir dieses Jahr bei der Beschlussfassung über die Abfallwirtschaftssatzung nicht schon wieder Veränderungen vornehmen.

Worüber wir ausführlich reden müssen, ist das leidige Thema wilder Müll.

Wir müssen zusammen ein Konzept gegen den wilden Müll entwickeln.

Wir haben letztes Jahr einen **Umweltatlas GP** beantragt.

Wir regen an, dass im neuen Newsletter die Bürger unter der Rubrik „Umweltschutz geht uns alle an“ informiert und angeregt werden, sich aktiv einzubringen.

Das Landratsamt als untere Naturschutzbehörde hat die Aufgabe, Katastrophen abzuwehren und die dafür notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen.

Ende Mai 2024 sowie im Juli 2024 wurde der Landkreis Göppingen von verschiedenen Starkregenereignissen und damit verbundenen Überflutungen vor allem im Filstal sowie Hochwasser heimgesucht. Sowohl für Privatpersonen als auch für die öffentliche Hand sind Schäden in Millionenhöhe entstanden. Glücklicherweise blieb es beim Sachschaden. Todesopfer müssen wir Gott sei Dank nicht beklagen.

Die Einsatzleitungen und Verwaltungen auf Landkreis- und Gemeindeebene waren im Bereich des Krisenmanagements stark gefordert und haben hervorragende Arbeit geleistet. Die CDU-Kreistagsfraktion dankt allen Beteiligten von ganzem Herzen und ausdrücklich für das beherzte, weitsichtige und sehr verantwortliche Handeln.

Da wir leider damit rechnen müssen, dass ähnliche Ereignisse in Zukunft wieder zu meistern sein werden, stellen wir, auch in Anbetracht der aktuellen Hochwasserereignisse in Spanien, folgenden Antrag:

- A 13:**
1. Wie und wann erfolgt die Alarmierung?
 2. Wie hat aus Sicht der Verwaltung die Arbeit der einzelnen Stäbe sowie die horizontale und vertikale Zusammenarbeit der Technischen Stäbe und der Verwaltungsstäbe auf Landkreis- und Gemeindeebene funktioniert?
 3. Wo gibt es aus Sicht der Verwaltung Potential, die Arbeit der einzelnen Stäbe und die Zusammenarbeit auszubauen, und welche zusätzlichen Maßnahmen bzw. Rahmenbedingungen sind hierfür dienlich.

KI und Bürgerfreundlicher Landkreis

Standards überprüfen und anpassen gilt auch für die Verwaltung.

Die Effektivität in Anbetracht der ständig zunehmenden Pflichtaufgaben und einer immer weiter ausufernden Bürokratie, die nur verbal abgebaut wird, bei gleichzeitigem Personalmangel zu erhöhen, ist und bleibt eine große Herausforderung.

Service-Optimierung für die Bürgerinnen und Bürger ist für jede Verwaltung ein zentrales Anliegen.

- A 14:**
- KI kann nicht nur zur Optimierung von internen Verwaltungsabläufen eingesetzt werden, sondern auch zu noch mehr Bürgerfreundlichkeit.
Welche Überlegungen dazu gibt es?
Wir beantragen dazu einen Bericht.

Der Kreistag nimmt die intensiven Sparbemühungen der Verwaltung im Bereich des Personals zur Kenntnis.

Im Sinne der Hinweise des Regierungspräsidiums Stuttgart soll der Ansatz des Hinauszögerns von Maßnahmen, um Kosten zu reduzieren, auch im Personalbereich angewendet werden.

- A 15:** Um die Kostenminderung in diesem Bereich auch strukturell im Haushaltsjahr 2025 umsetzen zu können, beschließt der Kreistag, dass
1. vor Stellenneubesetzungen im Stabsbereich des Landrates eine Aufgabenkritik erfolgt und die Zielsetzung und Beschäftigungsumfang mit dem zuständigen Ausschuss des Kreistags beraten wird.
 2. in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie, bürgerschaftliches Engagement, Interkultur eine Aufgabenkritik erfolgt, inwieweit hier Synergien genutzt werden können und Aufgaben sowie Projekte in den bestehenden Stellen zusammengeführt werden können. Grundsätzlich ist bei Stellenbesetzungen in diesen Bereichen zudem eingehend zu prüfen, ob ein Erhalt dieser Stelle weiterhin eine Notwendigkeit darstellt.
 3. grundsätzlich Stellen nach Ausscheiden nach sechs Monaten wiederbesetzt werden.
- Die Kreisverwaltung kann bei kritischen Stellen von diesem Ansatz abweichen und berichtet im Verwaltungsausschuss hierüber.

Kreisumlage

Mehr denn je bewegt die Kreisumlage die Gemüter und steht im Mittelpunkt der Haushaltsberatungen.

Noch sehen wir uns nicht in der Lage, bei den instabilen, weil sich ständig verändernden entscheidenden Zahlen eine verlässliche Aussage über die Höhe der KU zu machen.

Am Montag dieser Woche erhielten wir eine neue Wasserstandsmeldung aus der Kämmerei: Änderung der Anhebung von 5,1 auf 4,2 bis 3,2 Punkte **möglich!**

Uns allen muss bewusst sein, welche Auswirkungen eine Anhebung in dieser Größenordnung in unseren Städten und Gemeinden hat.

Nach unserer Auffassung ist die KU nicht an der Höhe des Klinikdefizites auszurichten, sondern am Sozialaufwand!

- A 16:** Das auch nach weiteren Einsparungen bestehende Defizit des Kreishaushaltes im Rahmen des Haushaltsplanes 2025 wird mit dem Basiskapital gegengebucht, so dass nach vier Jahren ein entsprechender Ausgleich erfolgen wird.
- Die Gegenbuchung dient nicht dazu, weitere Maßnahmen umzusetzen, sondern die Kreisumlage entsprechend für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf einem Maß zu halten, der für diese noch erträglich ist.

Zeitenwende verlässlich gestalten

Wir können Strukturen, die uns lieb, teuer und wichtig sind, nur dann erhalten, wenn wir **alle** Standards auf den Prüfstand stellen und sie der Leistungsfähigkeit des Landkreises anpassen.

Für uns gilt nach wie vor: um zu erhalten, müssen wir gestalten.

Die Einnahmen immer noch weiter zu Lasten anderer zu erhöhen, das können und wollen wir nicht.

Wir müssen die Belastungsfaktoren minimieren.

Nur so schaffen wir die **Voraussetzungen für eine gute und sichere Zukunft.**

Was wir tun müssen:

mit einem **Politikwechsel**, mit einer **Politik des Zuhörens und Verstehens**, mit einer **pragmatischen und ideologiefreien Politik** eine Brücke in die Zukunft zu bauen, um Mut und Zuversicht zu machen und Vertrauen zu schaffen.

Wir gehen trotz aller Konflikte und Krisen positiv in die von Ungewiss- und Unsicherheiten geprägte Zukunft.

Was unsere Zuversicht bestärkt:

Die **Lebenszufriedenheit** in Deutschland ist, so der diese Woche erschienene neue Glücksatlas, deutlich gestiegen, auch in Baden-Württemberg, das von Platz 8 auf Platz 6 vorgerückt ist. Wahrscheinlich hat jedoch der Kreistag in Göppingen nicht zu der Steigerung beigetragen.

Es liegt an uns allen, dies zu ändern.

Die Rede beende ich mit Schlagzeilen, die so oder ähnlich hoffentlich im übernächsten Newsletter des Landkreises zu lesen sein werden:

- Waffen ruhen, Konfliktlösungen auf gutem Weg, Menschen blicken zuversichtlicher in die Zukunft
- A8 planfestgestellt – Weiterbau der B10 gesichert
- Krankenhausreform reformiert
- Kreise und Kommunen werden entlastet
- Strukturert und Standardanpassung:
Landkreis überbrückt Haushaltslöcher – Zeitenwende verlässlich gestaltet

Namens der CDU danke ich pauschal **allen**, die sich im und für den Landkreis tatkräftig und erfolgreich engagieren.

Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Wolff, sowie Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz und Ihrem Nachfolger, Herrn Haas.

In diesen Dank der CDU beziehe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, seiner Dienststellen, der Alb-Fils-Kliniken, der Schulen und des AWB ein.

Ganz herzlich danke ich meiner Fraktion. Einer tollen Fraktion, in und mit der auch das schwierige Arbeiten Freude macht.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und konstruktive Beratungen zum Wohle und für eine gute Zukunft unseres Landkreises Göppingen.

Wolfgang Rapp

08. November 2024



Wir erwarten, dass die Verwaltung bei den Beratungen in den Ausschüssen aufzeigt, wie sie mit den Ergebnissen umgeht und wie es nach der „ersten Prioritätenliste“ weitergeht.

Auch wollen wir wissen, ob die Verwaltung die Auffassung von Prof. Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages, dass es angesichts des Finanzierungsdeltas zwischen Kostenbelastung und Erfüllung von Pflichtaufgaben ohne eine Posteriorisierung der Pflichtaufgaben nicht gehen wird, umsetzen wird.

A 01: Realisierung von Projekten verschieben

Gemäß den Empfehlungen des Regierungspräsidiums Stuttgart werden vom Kreistag bereits beschlossene und mit der Realisierung noch nicht begonnene Maßnahmen und Projekte nicht im Jahr 2025 in die Umsetzung gebracht und entsprechend für Folgejahre beplant. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, hierzu Projekte und Maßnahmen zu benennen und diese entsprechend in die mittelfristige Finanzplanung ab dem Haushaltsjahr 2026 vorzusehen. Hierzu gehören beispielsweise Maßnahmen in den Bereichen Wasserstoff, Radschnellwege.

A 02: Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen

- a. In welchem Umfang sind weitere Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen im Landkreis notwendig?
 - b. Welche Maßnahmen zur Stärkung von Entwicklungsflächen für Gewerbe und für Wohnen sind auf Landkreisebene möglich?
Welche Maßnahmen ergreift die Landkreisverwaltung?
- Ziel muss sein, mit den Städten und Gemeinden Entwicklungsflächen auszuweisen.

A 03: Struktur der Wirtschaftsförderung

Wir beantragen, die Struktur- und Strategie der

Wirtschaftsförderung anzupassen.

Wie stellen wir uns (neu) auf?

Wie können wir Kräfte bündeln, um sie zu stärken?

Welche Maßnahmen schlägt die Wirtschaftsförderung vor, um Erweiterungen, Innovationen, Gründungen und Ansiedlungen in den Landkreis zu holen?

A 04: Klinikfinanzierung – Klage

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich dem Klageverfahren gegen den Bund und das Land wegen einer nicht auskömmlichen Finanzierung des Klinikwesens anzuschließen.

A 05: Defizitabdeckung AFK

Wir beantragen, das Alb-Fils-Klinikum an der Defizitabdeckung in Höhe von 2 Mio. Euro direkt zu beteiligen.

A 06: Cafeteria AFK

Der Kreistag beauftragt die Mitglieder der Gesellschafterversammlung, eine Prüfung zu folgendem Sachverhalt über die Geschäftsführung zu beauftragen, inwieweit eine Kostenreduzierung durch die Vermietung/Verpachtung der Cafeteria der Alb-Fils-Klinik gedrosselt werden könnte und zusätzliche Erträge abgebildet werden könnten.

A 07: Kooperationen AFK

Wir beantragen, über Kooperationen des AFK im Kreistag zu berichten.

Im Hinblick auf die Erreichbarkeit, Synergien und Wirtschaftlichkeit wird der Ausbau von Kooperationen der Alb-Fils-Klinik mit angrenzenden Universitäts- und Kreis- sowie städtischen und Kliniken in privater Trägerschaft geprüft. Ziel soll sein, z.B. eigene profitable Bereiche und Schwerpunkte zu stärken, weiter auszubauen und dadurch mehr Erlöse zu generieren, weniger stark durch eine gute Versorgung anderenorts abzubauen und frei werdende Ressourcen umzuschichten. Ziel kann auch sein, neue Schwerpunkte im Rahmen einer Kooperation aufzubauen, z.B. um bereits vorhandene zu sichern oder zu ergänzen. Ausgehend vom aktuellen Stand der Kostendeckung/Defizite der einzelnen Abteilungen/Bereiche/Schwerpunkte werden die Ergebnisse dieser Untersuchung in verschiedenen Szenarien dem Kreistag vorgestellt.

A 08: Task Force A8 und Task Force B10

Wir beantragen eine Task Force A8 und eine Task Force B10, um beide Baumaßnahmen noch aktiver zu unterstützen zu können.

A 09: Dynamischer Nahverkehrsplan

Der Kreistag beschließt, dass für die kommenden Ausschreibungen der Linienbündel im ÖPNV auf Grundlage der tatsächlichen Fahrgastzahlen und alternativer Maßnahmen wie Rufbussen mehr optionale und dynamisierte Leistungen einfließen. Lose, die dann bei Bedarf höherer Nachfrage später hinzugebucht werden können und nicht zwingend für eine auskömmliche ÖPNV-Versorgung erforderlich sind, werden in der Ausschreibung optional ausgeschrieben.

A 10: VVS-Rider

Der VVS-Rider, das neue on-demand-Angebot, soll die Mobilität im ländlichen Raum stärken und das obere Filstal und die Raumschaft Geislingen besser an das AFK anbinden.

Wir beantragen über das mehrfach geänderte Konzept eine Beratung im UVA.

A 11: Bericht Tourismusbeauftragter

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Wir beantragen einen Bericht des neuen Tourismusbeauftragten, in dem er Schwerpunkte und Zielsetzungen der Weiterentwicklung des Tourismuskonzeptes benennt und aus seiner Sicht erläutert, ob durch Strukturveränderungen der Tourismus noch mehr gestärkt werden kann.

A 12: Schulen – Bodelschwingschule Göppingen

Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an der Bodelschwingschule Göppingen steigen massiv. Eine Raumerweiterung ist für die Schulgemeinschaft ein wichtiger Schritt für die Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Eine zeitnahe und wirtschaftliche Realisierung der Raumerweiterung soll beplant und umgesetzt werden.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umnutzung bestehender Liegenschaften des Landkreises hinsichtlich der zeitlichen Dimension sowie der Wirtschaftlichkeit geeignet sind anstelle von Neu- bzw- Erweiterungsbauten.

A 13: Katastrophenschutz und Alarmierung

Das Landratsamt als untere Katastrophenschutzbehörde hat die Aufgabe, Katastrophen abzuwehren und die dafür notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen.

1. Wie und wann erfolgt die Alarmierung?
2. Wie hat aus Sicht der Verwaltung die Arbeit der einzelnen Stäbe sowie die horizontale und vertikale Zusammenarbeit der Technischen Stäbe und der Verwaltungsstäbe auf Landkreis- und Gemeindeebene funktioniert?
3. Wo gibt es aus Sicht der Verwaltung Potential, die Arbeit der einzelnen Stäbe und die Zusammenarbeit auszubauen, und welche zusätzlichen Maßnahmen bzw. Rahmenbedingungen sind hierfür dienlich.

A 14: Einsatz von KI

Service-Optimierung für die Bürgerinnen und Bürger ist für jede Verwaltung ein zentrales Anliegen.

KI kann nicht nur zur Optimierung von internen Verwaltungsabläufen eingesetzt werden, sondern auch zu noch mehr Bürgerfreundlichkeit.

Welche Überlegungen zu noch mehr Bürgerfreundlichkeit gibt es?

Wir beantragen dazu einen Bericht.

A 15: Personal

Im Sinne der Hinweise des Regierungspräsidiums Stuttgart soll der Ansatz des Hinauszögerns von Maßnahmen, um Kosten zu reduzieren, auch im Personalbereich angewendet werden.

Um die Kostenminderung in diesem Bereich auch strukturell im Haushaltsjahr 2025 umsetzen zu können, beschließt der Kreistag, dass

1. vor Stellenneubesetzungen im Stabsbereich des Landrates eine Aufgabenkritik erfolgt und die Zielsetzung und Beschäftigungsumfang mit dem zuständigen Ausschuss des Kreistags beraten wird.
2. in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie, bürgerschaftliches Engagement, Interkultur eine Aufgabenkritik erfolgt, inwieweit hier Synergien genutzt werden können und Aufgaben sowie Projekte in den bestehenden Stellen zusammengeführt werden können.
Grundsätzlich ist bei Stellenbesetzungen in diesen

Bereichen zudem eingehend zu prüfen, ob ein Erhalt dieser Stelle weiterhin eine Notwendigkeit darstellt.

3. grundsätzlich Stellen nach Ausscheiden nach sechs Monaten wiederbesetzt werden.

Die Kreisverwaltung kann bei kritischen Stellen von diesem Ansatz abweichen und berichtet im Verwaltungsausschuss hierüber.

A 16: Kreisumlage

Das auch nach weiteren Einsparungen bestehende Defizit des Kreishaushaltes im Rahmen des Haushaltsplanes 2025 wird mit dem Basiskapital gegengebucht, so dass nach vier Jahren ein entsprechender Ausgleich erfolgen wird.

Die Gegenbuchung dient nicht dazu, weitere Maßnahmen umzusetzen, sondern die Kreisumlage entsprechend für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf einem Maß zu halten, der für diese noch erträglich ist.